



© Adobe Stock – Markus Mainka

# «Wirtschaft & Politik aktuell»

Ausgabe für Lehrpersonen

---

## OECD-Mindeststeuer

Ausgabe 19, 2023

Raphael Capaul, MA UZH

---



© by KLV Verlag AG

**Alle Rechte vorbehalten**

Trotz intensiver Nachforschungen gelang es uns nicht in allen Fällen, die Rechteinhaber zu ermitteln. Wir bitten diese, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Meldung bitte direkt an den Verlag: [info@klv.ch](mailto:info@klv.ch) oder Telefon 071 845 20 10.

**Layout und Cover:** KLV Verlag AG

Ausgabe 19, 2023

**KLV Verlag AG** | Breitwiesenstrasse 9 | CH-8207 Schaffhausen  
Telefon +41 71 845 20 10 | [info@klv.ch](mailto:info@klv.ch) | [www.klv.ch](http://www.klv.ch)

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

**Sehr geehrte Kollegin  
Sehr geehrter Kollege**

w&p aktuell



Ein zentrales Bildungsziel der Wirtschaftsfächer in der Sekundarstufe II ist die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler zu mündigen Wirtschaftsbürgerinnen und Wirtschaftsbürgern. Die Schülerinnen und Schüler sollen zu aktuellen Themen eine eigene, fundierte Meinung entwickeln können. Mit unserem Unterricht fördern wir die Fähigkeit zum selbstständigen Urteilen in anspruchsvollen, wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Für unseren Rechtsstaat ist dies ein essenzielles Anliegen. Oder wie es Milton Friedman einmal sagte: «Eine stabile und demokratische Gesellschaft kann ohne ein Minimum an Bildung und Wissen bei der Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger und ohne weitgehend akzeptierte allgemeine Werte nicht existieren.»

Unsere Demokratie ist ein kostbares Gut. Sie entwickelt sich laufend dynamisch weiter. Die Fragestellungen werden immer komplexer und kontroverser. Patentlösungen gibt es in der Regel keine. Es gilt, Zielkonflikte abzuwägen. Wir können die Jugendlichen mit unserem Unterricht motivieren und befähigen, an den herausfordernden Fragestellungen zu partizipieren. Ziel sollte es sein, dass die Jugendlichen bereit (Haltung) und fähig (Wissen) sind, Verantwortung für die aktive und konstruktive Entwicklung unseres Rechtsstaates zu übernehmen. Dem KLV Verlag, economiesuisse sowie dem Institut für Wirtschaftspädagogik (IWP-HSG) ist dieses Anliegen sehr wichtig. Wir haben uns deshalb zusammengeschlossen, regelmässig ein relevantes wirtschaftspolitisches Thema so aufzubereiten, dass es während 90 Minuten im Unterricht umgesetzt werden kann. Die Unterrichtseinheit ist direkt einsatzbereit und wird Ihnen kostenlos zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich können Sie als Lehrperson die Vorlagen nach eigenem Ermessen weiterentwickeln und auf die eigene Unterrichtssituation anpassen.

Bei der Ausgestaltung der Unterrichtseinheit sind uns folgende Aspekte wichtig:

1. Die Fragestellung wird aus mehreren Perspektiven beleuchtet.
2. Normative Fragen werden offengelegt.
3. Der Umgang mit Quellen geschieht sorgfältig.
4. Das für die Entscheidungsfähigkeit relevante Wissen wird aufbereitet.
5. Die gehaltvolle Argumentation und Diskussion während der Unterrichtssequenz haben einen hohen Stellenwert.

Wir wünschen Ihnen interessante Lektionen mit unseren Unterlagen. Für Anregungen und Rückmeldungen sind wir Ihnen sehr dankbar.

Bitte richten Sie diese an [roman.capaul@unisg.ch](mailto:roman.capaul@unisg.ch).

Freundliche Grüsse

Prof. Dr. Roman Capaul

# «Wirtschaft & Politik aktuell»

## Vorschlag für eine Unterrichtsdisposition (90 Minuten)

w&p aktuell



Inhalt	Methode/Hilfsmittel	Zeit
<b>1) Einstieg</b>	Input und Video	10 Min.
<b>2) Hintergrund</b>	Erläuterungen (mit Folien)	15 Min.
<b>3a) Argumente Contra</b>	Text 1 lesen und Leitfragen beantworten	15 Min.
<b>3b) Argumente Pro</b>	Text 2 lesen und Leitfragen beantworten	15 Min.
<b>4) Analyse</b>	Konsultieren Sie weitere Quellen und tragen Sie die Ergebnisse in der Gruppe zusammen. Bereiten Sie eine kurze Präsentation vor.	25 Min.
<b>5) Präsentation</b>	Zwei Gruppen präsentieren, anschliessende Diskussion	15 Min.
<b>6) Abschluss</b>	Rückblick, Kurzdiskussion, offene Fragen	10 Min.
		90 Min.

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### 1 Einstieg

#### Übergeordnete Debatte

Inputfragen, um an das Thema heranzuführen:

- a) Soll es eine globale Mindeststeuer für grosse Unternehmen geben?
- b) Wer soll wie viel der allfälligen Mehreinnahmen durch eine solche Steuer erhalten? (Kantone, Bund, weitere)

#### Videos<sup>1</sup>

SRF Tagesschau (28.09.2022) – «Einnahmen aus der OECD-Mindeststeuer sollen primär an Kantone»

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/einnahmen-aus-der-oecd-mindeststeuer-sollen-primar-an-kantone?urn=urn:srf:video:614f348d-dedd-4f06-99dd-0c886e9cba7b>

SRF Tagesschau (06.12.2022) – «Bund erhält einen Viertel aus der OECD-Mindeststeuer»

<https://www.srf.ch/news/schweiz/kompromiss-bei-konzernsteuer-bund-erhaelt-einen-viertel-aus-der-oecd-mindeststeuer>

SRF Tagesschau (24.04.2023) – «Bund empfiehlt Mindestbesteuerung»

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/bund-empfeht-mindestbesteuerung?urn=urn:srf:video:f55adc34-ec98-42df-a45e-6056adbd9ede>

---

<sup>1</sup> Diese Videos liefern einen prägnanten Überblick über die Thematik und die Debatte im Parlament im Jahre 2022, welche kongruent mit der Debatte im Abstimmungskampf im Jahre 2023 ist. Ergänzende Videos finden Sie im Quellenverzeichnis.

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### 2 Hintergrund<sup>2</sup>

Im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, (G20) entschieden rund 140 Staaten, eine globale Mindeststeuer einzuführen. Ziel einer solchen Steuer ist die Abschwächung des internationalen Steuerwettbewerbs. Konkret müssen Unternehmen mit einem Umsatz über 750 Millionen CHF ab 2024 mindestens 15 % Gewinnsteuer zahlen.

Am 18. Juni 2023 wird das Schweizer Stimmvolk über eine Verfassungsänderung (obligatorisches Referendum) zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuer in der Schweiz abstimmen. Rund 200 Schweizer Unternehmen sind aufgrund ihres grossen Umsatzes von der OECD-Mindeststeuer betroffen. Einige zahlen aktuell weniger als 15 % Gewinnsteuer. Setzt die Schweiz die Mindeststeuer um, so werden Mehreinnahmen zwischen 1.0 und 2.5 Milliarden CHF erwartet. Würde die Schweiz die neue globale Mindeststeuer nicht umsetzen, könnten andere Staaten die fehlende Besteuerung fordern. Die grossen Unternehmen müssen also ab 2024, unabhängig vom Ausgang der Abstimmung vom 18. Juni 2023, 15 % Gewinnsteuer zahlen.

Dass die OECD-Mindeststeuer umgesetzt werden muss, ist grundsätzlich politisch unbestritten. Die politischen Diskussionen drehen sich primär um den Verteilschlüssel der Mehreinnahmen zwischen Bund und Kantonen. Der Bundesrat und der Ständerat plädierten für eine 75/25-Lösung: 75 % der erwarteten Mehreinnahmen gehen an die betroffenen Kantone und 25 % an den Bund. Die Idee dahinter ist, dass die am stärksten von der OECD-Mindeststeuer betroffenen Kantone viel Geld brauchen, um ihre Standortattraktivität zu festigen (z.B. durch Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder Forschung). Der Nationalrat hielt zwischenzeitlich an einer 50/50-Lösung fest. Die vom Parlament verabschiedete Verfassungsänderung, d.h. die Vorlage zur Abstimmung am 18. Juni 2023, enthält die 75/25-Lösung.

Die politische Landschaft positioniert sich im Abstimmungskampf wie folgt. Für die Verfassungsänderung sind der Bundesrat, das Parlament, FDP, Mitte, SVP, EVP, GLP, die Konferenz der Kantone, Gemeindeverband, Städteverband, economiesuisse, Bankiervereinigung, Swissem, scienceindustries und der Gewerbeverband. Gemäss diesen Akteuren sei es wichtig, dass die Mehreinnahmen in der Schweiz bleiben. Es wird argumentiert, dass alle davon profitieren würden: Bund, Kantone und Bevölkerung. Zudem werden Standortmassnahmen am effizientesten von den betroffenen Kantonen getroffen, heisst es. Gegen die Verfassungsänderung stemmt sich die SP und Alliance Sud. Reiche Kantone würden übervorteilt werden, so das Argument. Die Grünen geben Stimmfreigabe.

#### Auftrag 1: Text 1 (Contra) + Text 2 (Pro)

Bilden Sie Vierergruppen. Zwei Personen lesen Text 1 und zwei Personen lesen Text 2.

<sup>2</sup> swissinfo: <https://www.swissinfo.ch/ger/wirtschaft/oecd-mindeststeuer--darum-geht-s-bei-der-abstimmung/48401262>

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### 3a Argumentation der Contra-Seite<sup>3</sup>

#### Text 1: SP – «Nein zur Mindeststeuer»<sup>4</sup>

Am Parteitag haben die Delegierten mit deutlichem Mehr die Nein-Parole zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuer gefasst. Warum?

Dank einer internationalen Einigung muss auch die Schweiz die Gewinnsteuern von grossen Unternehmen auf einen Mindestdsatz von 15 % erhöhen. Das ist für die SP eine Genugtuung. Doch die konkrete Umsetzung der Vorlage wurde in Bundesbern festgelegt und ist von der rechten Mehrheit im Parlament geprägt. Entsprechend profitiert vom zu erwartenden Geldsegen nicht die breite Bevölkerung. Im Gegenteil, die Bürgerlichen pervertieren die Reform zu einer Steuersenkungsorgie. Ein Nein zur Umsetzung wird das Parlament zwingen, eine gerechtere Vorlage auszuarbeiten.

Wer hat, dem wird gegeben

Die Umsetzung der Mindeststeuer beschert Zug Einnahmen von 1'800 zusätzlichen Steuerfranken pro Kopf. Der Kanton Baselland hingegen könnte mit den erwarteten Mehreinnahmen seinen Einwohner\*innen nicht einmal eine warme Mahlzeit bezahlen. Denn die Einnahmen sollen nicht nach Massgabe der Bevölkerungsgrösse verteilt werden, sondern dorthin zurückfliessen, wo sie anfallen. Die Reform führt damit nicht zu einer gerechteren Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten Wohlstands, sondern zu einer Verschärfung der Ungleichheiten in der Schweiz.

Doping für den ruinösen Steuerwettbewerb

Die unfaire Verteilung der Gelder führt vor allem in den Kantonen Basel-Stadt und Zug zu übervollen Kassen. Die beiden Kantone haben bereits angekündigt, mit den zusätzlichen Mitteln das Steuerdumping weiter anzukurbeln: Die Firmen sollen auf anderen Wegen mit Geschenken bedacht werden, und reichen Expats sowie Einkommensmillionär\*innen soll mit finanziellen Zustüpfen der rote Teppich ausgerollt werden.

Die Einführung der OECD-Mindeststeuer wird eine neue Ära der Steuergeschenke und Privilegien für Firmen und Reiche einläuten. Sobald die ersten Kantone damit beginnen, werden die anderen nachziehen (müssen). Am Ende wird weniger Geld für die Bevölkerung vorhanden sein als vor der Einführung der Mindeststeuer.

So hat der Kanton Luzern beispielsweise angekündigt, mit den 55 Millionen Franken, die die Mindeststeuer in seine Kassen spülen dürfte, Steuersenkungen im Wert von über 200 Millionen zu realisieren. Einmal mehr wird die breite Bevölkerung die Löcher mit Steuererhöhungen und Abbau-paketen stopfen müssen.

Die Bevölkerung geht leer aus

Die Schweiz könnte die Mehreinnahmen dringend gebrauchen, um die Kaufkraft der Menschen zu stärken und eine familien- und klimafreundliche Politik zu finanzieren. Die SP fordert darum, dass die Mehreinnahmen aus der Umsetzung der OECD-Steuerreform für Klimaprojekte, für die Kinderbetreuung und für die Verbilligung der Krankenkassenprämien verwendet werden. Dieses Geld darf nicht in den Taschen von Reichen und Grosskonzernen verschwinden. Nein zu dieser Umsetzung der OECD-Mindeststeuer!

<sup>3</sup> Alliance Sud: <https://www.alliancesud.ch/de/politik/steuer-und-finanzipolitik/steuerpolitik/oecd-mindeststeuer-so-sicher-nicht>

Juso: <https://juso.ch/de/standpunkte/wirtschaft/kein-steuerwettbewerb-in-der-schweiz>

SP Schweiz: <https://www.sp-ps.ch/artikel/oecd-mindeststeuer-darf-nicht-durch-neue-steuerprivilegien-fuer-konzerne-ausgehebelt-werden/>

SP Zürich: <https://kreis7-8.spkantonzh.ch/aktuell/artikel/oecd-mindeststeuer-nein-am-18-juni/>

<sup>4</sup> Mitgliederzeitung der SP Schweiz. 205. Ausgabe, März 2023: <https://www.sp-ps.ch/artikel/links-205/>



## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### 3b Argumentation der Pro-Seite<sup>5</sup>

**Text 2: economiesuisse – «OECD-Mindeststeuer – Steuereinnahmen sichern, Wettbewerbsfähigkeit erhalten»<sup>6</sup>**

Die Unternehmenssteuerpolitik der Schweiz ist höchst erfolgreich. Eindrücklich belegt wird dies durch den stetigen Anstieg der Einnahmen aus Firmensteuern. Nun wirbelt ein tiefgreifendes Steuerprojekt der OECD und der G20-Staaten die internationale Steuerwelt auf. Die vorgesehene Mindestbesteuerung grosser, internationaler Unternehmen stellt die Schweiz und ihren Steuerstandort vor Herausforderungen. Bund und Kantone haben nach intensiven Beratungen eine tragfähige Lösung gefunden. Am 18. Juni 2023 entscheidet das Volk darüber.

Grosse, internationale Unternehmen unterliegen künftig einer Mindestbesteuerung von 15 %. Darauf haben sich rund 140 Staaten in einem weltweiten Projekt der OECD/G20 geeinigt. Hält sich die Schweiz nicht daran, dürfen andere Länder die fehlende Besteuerung nachholen. Bundesrat, Parlament und die Kantone wollen keine Steuereinnahmen ans Ausland verschenken und die OECD-Mindeststeuer deshalb in der Schweiz umsetzen. Mit der Reform bezahlen grosse, internationale Unternehmen zusätzliche Steuern in der Schweiz. Die geschätzten Mehreinnahmen von 1.0 bis 2.5 Milliarden Franken werden von Bund, Kantonen und Gemeinden geteilt. 25 % stehen dem Bund zu. 75 % bleiben in den Kantonen, die wiederum ihre Städte und Gemeinden angemessen beteiligen müssen. Der Nationale Finanzausgleich sorgt dafür, dass alle Kantone fair von den Mehreinnahmen profitieren. Ein guter schweizerischer Kompromiss.

Trotz Mindeststeuer geht der Standortwettbewerb weiter. Staaten werden sich wie bisher um die Ansiedlung und den Erhalt von ertragsstarken Unternehmen bemühen. Bisher war die Schweiz dabei äusserst erfolgreich. Auch dank einer attraktiven Steuerpolitik hat sich unser Land in den letzten 30 Jahren zu einem der weltbesten Wirtschaftsstandorte entwickelt. Die Steuerzahlungen der Unternehmen sind stark angestiegen und haben das stetige Wachstum der staatlichen Leistungen, etwa im Sozial- und Bildungswesen, massgeblich finanziert – Schweizer Privathaushalte profitieren davon. Diesen Erfolg gilt es zu wahren. Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer bringt Bund und Kantonen Mittel ein, um die Standortattraktivität der Schweiz auch in Zukunft sicherzustellen.

economiesuisse befürwortet die schweizerische Umsetzung der OECD-Mindeststeuer aus folgenden Gründen:

- Steuererträge für die Schweiz statt fürs Ausland: Wenn die Unternehmen aufgrund der OECD-Mindeststeuer ohnehin höher besteuert werden, sollen sie die zusätzlichen Steuern in der Schweiz bezahlen – und nicht im Ausland.
- Gezielte Umsetzung: Die Mindeststeuer betrifft ausschliesslich grosse, internationale Unternehmen. Für KMU und rein national tätige Unternehmen gibt es bei der Besteuerung keine Änderung.
- Attraktivität der Schweiz erhalten: Längerfristig wachsen die Unternehmenssteuern nur dann, wenn die betroffenen Firmen in der Schweiz bleiben und sich hier weiter gut entwickeln. Ziel muss es deshalb sein, dass die Schweiz weiterhin zu den weltbesten Wirtschaftsstandorten gehört.
- Starke Kantone für eine starke Schweiz: Standortmassnahmen werden am effizientesten durch die Kantone getroffen. Die Kantone kennen ihre wirtschaftliche Situation und die lokale Branchenstruktur am besten. Sie wissen, was ihre jeweiligen Standorte bieten und wo Verbesserungen nötig sind. Von erfolgreichen Kantonen, ihren Beiträgen an die Bundessteuer und ihren Ausgleichszahlungen in den Nationalen Finanzausgleich (NFA), profitiert die ganze Schweiz.

<sup>5</sup> Ja zur OECD-Mindeststeuer: [https://www.zukunft-sichern.ch/?gclid=EAlaIqobChMI26fYobbd\\_QlVxZDVCh14NwBiEAAAYASAAEgKDHPD\\_BwE](https://www.zukunft-sichern.ch/?gclid=EAlaIqobChMI26fYobbd_QlVxZDVCh14NwBiEAAAYASAAEgKDHPD_BwE)

NZZ: <https://www.nzz.ch/schweiz/genossen-gegen-steuereinnahmen-mit-dem-nein-zur-oecd-mindeststeuer-verabschiedet-sich-die-parl-1727861> & <https://www.nzz.ch/themen-dossiers/steuern-sparen/so-bleiben-die-zusaetzlichen-mittel-im-land-ld.1729909>

Konferenz der Kantonsregierungen: <https://kdk.ch/aktuell/medienmitteilungen/details/ja-zum-bundesbeschluss-ueber-eine-besondere-bestuerung-grosser-unternehmensgruppen-1>

<sup>6</sup> Economiesuisse: <https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/oecd-mindeststeuer-steuereinnahmen-sichern-wettbewerbsfaehigkeit-erhalten>



## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### Leitfragen

- 1) Ist die Übernahme der OECD-Mindeststeuer durch die Schweiz sinnvoll? Wie argumentieren Befürworter und Gegner der Vorlage?

*Befürworter:* Die Unternehmen müssen die OECD-Mindeststeuer in jedem Fall bezahlen. Setzt die Schweiz die Mindeststeuer nicht um, dürfen andere Staaten die grossen Unternehmen nachbesteuern. Die Schweiz würde freiwillig Milliarden ans Ausland verschenken. Mit der Umsetzung hingegen profitiert die Schweiz von höheren Steuererträgen. Die geschätzten Mehreinnahmen von 1.0 bis 2.5 Milliarden Franken werden von Bund, Kantonen und Gemeinden geteilt. Der Nationale Finanzausgleich sorgt dafür, dass alle Kantone fair von den Mehreinnahmen profitieren.

*Gegner:* Die internationale Koordinierung der Unternehmenssteuern, wie sie von der OECD-Mindeststeuer vorgesehen ist, ist grundsätzlich sinnvoll. Dadurch kann der internationale Steuerwettbewerb reduziert werden. Die geplante Umsetzung der Schweiz ist aber suboptimal. Unter anderem kommen die Mehreinnahmen nicht der breiten Bevölkerung, sondern den Taschen von Reichen und Grosskonzernen zugute.<sup>7</sup>

- 2) Wie gross ist die Steuerbelastung für Unternehmen in Ihrem Wohnkanton?  
Wo steht Ihr Wohnkanton in Relation zu den steuergünstigsten Kantonen und jenen mit der höchsten Steuerbelastung?

Konsultieren Sie hierfür folgenden Link:

SWI swissinfo.ch – «OECD-Mindeststeuer: Darum geht's bei der Abstimmung»

<https://www.swissinfo.ch/ger/oecd-mindeststeuer--darum-geht-s-bei-der-abstimmung/48401262>

- 3) Ist die geplante Verteilung der Mehreinnahmen (75 % an die Kantone, 25 % an den Bund) gerecht? Wie argumentieren Befürworter und Gegner der Vorlage?

*Befürworter:* Die geplante Aufteilung der erwarteten Mehreinnahmen zwischen Bund und Kantonen ist gerecht. 75 % der Einnahmen bleiben in den Kantonen, die aus ihrem Anteil aber auch die Städte und Gemeinden angemessen beteiligen müssen. Es ist auch fair, dass jene Kantone, welche unter der OECD-Steuerreform am stärksten leiden, am meisten Geld erhalten. Der nationale Finanzausgleich sorgt dafür, dass letztlich alle Kantone fair von den Mehreinnahmen profitieren.

*Gegner:* Die geplante Aufteilung der erwarteten Mehreinnahmen zwischen Bund und Kantonen ist nicht gerecht. Der Bund bekommt zu wenig. Die Mehreinnahmen kämen v.a. den finanzstarken Kantonen zugute. Die Vorlage würde den Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen befeuern, d.h. es würde zu Steuerdumping kommen. Das ist nicht gut.

<sup>7</sup> Diese mögliche Antwort ist an die Argumentation der SP angelehnt. Die Alliance Sud, welche sich ebenfalls gegen die Vorlage positioniert, argumentiert anders.

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

Im Rahmen der Debatte wird ausgesagt, dass die Schweiz mit den zusätzlichen Steuereinnahmen die Standortattraktivität erhöhen soll. Es stellt sich die Frage, wie das konkret geschehen kann. Beantworten Sie die folgenden beiden Fragen.

4) Mit welchen Standortfaktoren kann sich die Schweiz gegenüber anderen Ländern abgrenzen, wenn der Steuerwettbewerb ausgeschaltet ist?

- Service Public
- Bildung
- Öffentlicher Verkehr
- Infrastruktur
- Soziale Sicherheit
- Politische Stabilität
- Umwelt
- Einwanderungsbestimmungen für Fachkräfte (Kontingente bei Drittstaaten erhöhen)

5) Welche Standortnachteile hat die Schweiz?

- Starker Franken
- Hohe Lohnkosten
- Hohe Immobilienpreise
- Kleiner Binnenmarkt
- Keine Rohstoffvorkommen
- Unsicherheit über EU-Marktzugang

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### 4 Analyse

#### **Auftrag 2:**

Beantworten Sie nach der Lektüre die Fragen innerhalb der Vierergruppe. Konsultieren Sie hierfür auch die ergänzend angegebenen Quellen (in den Fussnoten und im Quellenverzeichnis) und tätigen Sie weitere (Online-)Recherchen.

Halten Sie sich bereit, Ihre zentralen Argumente und ein Fazit nach der gemeinsamen Analyse der Klasse kurz vorzutragen.

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### **5 Präsentationen**

Hören Sie der Präsentation aufmerksam zu. Welche zusätzlichen zentralen Informationen und Argumente bringt die Gruppe ein, welche wir in unserer Gruppe noch nicht erfasst haben?

Welchen Einfluss haben diese Informationen auf Ihre persönliche Meinung?

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### 6 Schluss

#### Kurzdiskussion

- a) Hat die Auseinandersetzung gewisse Einstellungen, Meinungen oder Ansichten der Schülerinnen und Schüler geändert?
- b) Welche neuen Erkenntnisse konnten die Schülerinnen und Schüler gewinnen?

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### 7 Glossar

Föderalismus	Zusammen mit der direkten Demokratie ist der Föderalismus eine der tragenden Säulen des schweizerischen Bundesstaates. Der ausgeprägte Föderalismus in der Schweiz hat zur Konsequenz, dass die Kantone über weitgehende Kompetenzen verfügen und viele Dinge selbst bestimmen können. So besteht auch ein Steuerföderalismus. Das heisst die Kantone haben eigene Steuergesetze und belasten Unternehmensgewinne, Einkommen, Vermögen sowie andere Steuerobjekte unterschiedlich.
G20	Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
NFA (Nationaler Finanzausgleich)	Im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) trat Anfang 2008 ein total-revidierter Finanz- und Lastenausgleich in Kraft. Dieser hat zum Ziel, die Finanzautonomie der Kantone zu stärken und die Unterschiede zu reduzieren. Er stellt die notwendigen Ausgleichsmechanismen bereit und schafft so die erforderlichen finanziellen Voraussetzungen für die Erhaltung des föderativen Staatsaufbaus in der Schweiz (revidierter Art. 135 BV). <sup>8</sup>
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung <sup>9</sup>

<sup>8</sup> Siehe admin.ch – Nationaler Finanzausgleich: <https://www.efd.admin.ch/efd/de/home/finanzpolitik/nationaler-finanzausgleich.html>

<sup>9</sup> Siehe oecd.org – Homepage: <https://www.oecd.org/>

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### 8 Quellenverzeichnis

#### Videos

SRF

13.01.2022

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/bundesrat-maurer-und-oecd-mindeststeuer?urn=urn:srf:video:9e895350-7ac8-4835-988c-cfeff39f3b0a>

5.02.2022

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/wie-basel-grosskonzerne-trotz-mehr-steuern-bei-lau-ne-halten-will?urn=urn:srf:video:71b61a90-b05b-42f5-bd26-dd3ce8ab7ce0>

23.06.2022

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/neue-ergaenzungssteuer-zur-umsetzung-der-oecd-mindeststeuer?urn=urn:srf:video:197f8ac9-b3b7-4ede-9022-3bfddfb333d4>

28.09.2022

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/einnahmen-aus-der-oecd-mindeststeuer-sollen-pri-maer-an-kantone?urn=urn:srf:video:614f348d-dedd-4f06-99dd-0c886e9cba7b>

1.12.2022

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/nationalrat-will-5050-aufteilung-aus-einnah-men-der-oecd-steuer?urn=urn:srf:video:40617d04-8777-4f68-ac22-d54fecffb3c1>

1.12.2022

<https://www.srf.ch/play/tv/10-vor-10/video/fokus-interview-mit-ernst-stocker?urn=urn:srf:video:d-c92f1b1-865f-4613-9648-5a84aa60f685>

6.12.2022

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/bund-erhaelt-einen-viertel-aus-der-oecd-mindeststeu-er?urn=urn:srf:video:15636263-1fbd-4d21-b193-c456387862b8>

6.12.2022

<https://www.srf.ch/news/schweiz/kompromiss-bei-konzernsteuer-bund-erhaelt-einen-vier-tel-aus-der-oecd-mindeststeuer>

24.04.2023

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/tagesschau-vom-24-04-2023-hauptausgabe?urn=urn:srf:video:5a35a4c2-ecb2-4fc3-ae6b-32c41271feb6>

Medienkonferenz des Bundesrates

<https://www.youtube.com/watch?v=1cLM19hbiAE>

#### Texte online

Alliance Sud

<https://www.alliancesud.ch/de/politik/steuer-und-finanzpolitik/steuerpolitik/oecd-mindeststeu-er-so-sicher-nicht>

Bund

<https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2022/1700/de>



## «Wirtschaft & Politik aktuell»

swissinfo

OECD-Mindeststeuer: Darum geht's bei der Abstimmung - SWI swissinfo.ch

economiesuisse

<https://www.economiesuisse.ch/de/dossier-politik/oecd-mindeststeuer-steuereinnahmen-sichern-wettbewerbsfaehigkeit-erhalten>

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

<https://www.efd.admin.ch/efd/de/home/steuern/steuern-international/umsetzung-oecd-mindeststeuer.html>

Ja zur OECD-Mindeststeuer

[https://www.zukunft-sichern.ch/?gclid=EAIaIQobChMI26fYobbd\\_QIVxZDVCh14NwBiEAAYA-SAAEgKDHPD\\_BwE](https://www.zukunft-sichern.ch/?gclid=EAIaIQobChMI26fYobbd_QIVxZDVCh14NwBiEAAYA-SAAEgKDHPD_BwE)

Juso

<https://juso.ch/de/standpunkte/wirtschaft/kein-steuerwettbewerb-in-der-schweiz/>

Konferenz der Kantonsregierungen

<https://kdk.ch/aktuell/medienmitteilungen/details/ja-zum-bundesbeschluss-ueber-eine-besondere-besteuerung-grosser-unternehmensgruppen-1>

NZZ

<https://www.nzz.ch/schweiz/genossen-gegen-steuereinnahmen-mit-dem-nein-zur-oecd-mindeststeuer-verabschiedet-sich-die-partei-definitiv-von-oekonomischer-realpolitik-ld.1727861>

<https://www.nzz.ch/themen-dossiers/steuern-sparen/so-bleiben-die-zusaetzlichen-mittel-im-land-ld.1729909>

Parlament

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20220036>

SP Schweiz

<https://www.sp-ps.ch/artikel/oecd-mindeststeuer-darf-nicht-durch-neue-steuerprivilegien-fuer-konzerne-ausgehebelt-werden/>

<https://www.sp-ps.ch/artikel/links-205/>

SP Zürich

<https://kreis7-8.spkantonzh.ch/aktuell/artikel/oecd-mindeststeuer-nein-am-18-juni/>